

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

13.1.1925 (No. 10)

Expedition:
Karlsruher
Stroße Nr. 14
Vorsprecher:
Dr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. M. S.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,50 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Ausgaben sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beiziehung und Kontourverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

* Aussichten auf eine Lösung der Krisis

Wahrscheinlich wird Reichsfinanzminister Dr. Luther, dem nach dem Scheitern der Bemühungen von Dr. Marx der Auftrag zur Bildung eines Kabinetts zuteil geworden war, heute dieses Kabinett bilden können, und sich morgen dem Reichstag vorstellen. Damit wäre die Regierungskrisis gelöst, und wir hätten wieder eine arbeitsfähige Regierung. Ob die Art der Lösung eine glückliche war, das wird natürlich erst die Zukunft lehren. Im politischen Leben gibt es nur einen wirklich brauchbaren Wertmesser, und das ist der Erfolg. Die geniale Veranlagung eines Friedrich II. von Preußen wäre unter allen Umständen unbestritten geblieben. Aber die Bezeichnung Friedrich der Große mit all dem Ruhmeschimmer, der sie umgibt, konnte ihm von der Geschichte nur deshalb verliehen werden, weil er den 7jährigen Krieg gewann, weil er den Erfolg mit nach Hause brachte. Ohne diesen Erfolg hätte die Geschichte ihn einen genialen, aber gefährlichen Abenteurer genannt.

Das Kabinett Luther soll in der Weise gebildet werden, daß jede der Fraktionen, die zu seiner moralischen Unterstützung bereit sind, einen Vertreter ins Kabinett sendet. Die übrigen Ministerposten sollen mit sogenannten Fachleuten besetzt werden. Jedoch wird gewünscht, daß auch diese Fachleute den Parteien der Kabinettsbildung nahe stehen. Als solche Parteien haben zu gelten: Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Bayerische Volkspartei, Wirtschaftspartei und das Zentrum. Die Demokraten werden sich an der Kabinettsbildung nicht beteiligen. Wenn Herr Gehler dennoch als Reichswehrminister im Kabinett bleibt, so wird er das als Privatperson, nicht als Vertreter seiner Partei tun, deren Presse in den letzten Tagen von ihm abgerückt ist.

Ganz sicher ist übrigens das Zusammenkommen des Kabinetts noch nicht. Das Zentrum, das den Reichsarbeitsminister Brauns als seinen Repräsentanten im Kabinett belassen wird, hat seine letzte Zustimmung von gewissen Garantien und von der Auswahl der Fachminister durch Dr. Luther abhängig gemacht. Und die Deutschnationalen lassen erklären, daß sie nachwieder erwarteten, daß nach dem Muster im Reich auch das Kabinett in Preußen umgestaltet werde. Hier sind also noch Klippen, die Dr. Luther zu umschiffen hat.

Dem Zentrum ist seine Stellungnahme gewiß nicht leicht geworden. Und kein Angehöriger dieser Partei wird es verstehen können, daß man ihrem eigenen Führer, dem bisherigen Kanzler Dr. Marx, die Bildung eines Kabinetts unmöglich machte, obwohl diese Bildung sich auf derselben Basis vollziehen sollte, auf der sie sich jetzt durch Dr. Luther vollzieht. Wie man kann auch ganz allgemein die Tatsache, daß ein so erfolgreicher und im Ausland so gut akkreditierter Staatsmann, wie Dr. Marx, dem Kabinett nicht angehört, nur bedauern kann. Wir werden ja sehr bald sehen, wie das Ausland auf das neue Kabinett und seine Zusammensetzung reagieren wird.

Andererseits bekommt Dr. Marx jetzt die Hände frei für seine Tätigkeit als Parteiführer. Und hier darf man wohl annehmen, daß er schon darauf achtet wird, daß die Fahrt des neuen Kabinetts nicht etwa zu einem ausgeprochenen Rechtskurve wird. Daß auch das neue Kabinett die Verfassung respektieren und beachten wird, darf wohl ohne weiteres vorausgesetzt werden.

Allerdings dürfen wir nicht verschweigen, daß die Sozialdemokraten und die Demokraten gerade in dieser Hinsicht dem neuen Kabinett Mißtrauen entgegenbringen. Wie es gestern hieß, hätten die Deutschnationalen in verfassungspolitischer Hinsicht ausreichende Erklärungen abgegeben. Heute wird gemeldet, daß die Deutschnationalen im Gegenteil gerade in den verfassungspolitischen Punkten Ausflüchte gemacht hätten. Wir vermögen dieser zweiten Meldung nicht recht glauben zu schenken, da das Zentrum sich doch sicherlich nur an einem Kabinett beteiligen wird, dessen Verfassungstreue nicht angezweifelt werden kann.

In außenpolitischer Hinsicht wird das Kabinett nicht anders können, und die bisherige Politik weiterführen. Und da die Außenpolitik sehr wesentlich von Finanzfragen bestimmt wird, ist es an sich gewiß kein Fehler, daß gerade der bisherige Reichsfinanzminister Chef des Kabinetts wird. Man darf nicht vergessen, daß Reichsfinanzminister Dr. Luther neben Dr. Schäfer das Hauptverdienst an der finanziellen Stabilisierung Deutschlands

hat und demgemäß auch im Ausland Ansehen genießt. Dem gegenüber wird allerdings von Seiten der Linken behauptet, daß letzten Endes für die Finanzskandale in Berlin doch die ressortmäßig zuständigen Minister verantwortlich zu machen seien; und das sei für das Reich Reichsfinanzminister Dr. Luther, und für Preußen der bisherige Finanzminister Dr. Richter, der der Deutschen Volkspartei angehört. Die Hauptsache ist ja schließlich die, daß wir wieder ein einigermaßen arbeitsfähiges Reichskabinett bekommen. Die Schwierigkeiten, die es zu überwinden haben wird, sind in jeder Beziehung außerordentlich. Von der Geschicklichkeit der Führung des Kabinetts und von seinen Leistungen wird also auch sein Schicksal abhängen.

Die Regierungsbildung im Reich

Die Bildung eines Kabinetts Luther

Dr. Luther setzte die informatorischen Verhandlungen mit den Fraktionen am Montag den ganzen Tag über fort. Er empfing die Vertreter des Zentrums, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschdemokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei. Der Kernpunkt aller Besprechungen war die Erörterung über die Bildung einer Regierung, in der ohne Fraktionsbindung jede Fraktion mit je einem der Fraktion angehörenden Vertrauensmann vertreten sei, im übrigen aber eine Besetzung durch Fachminister erfolgen solle, bei deren Auswahl durch den verantwortlichen Reichsfinanzminister eine gewisse Rücksicht auf die politische Einstellung genommen werden solle. Es wurde ferner über die Methode verhandelt, durch die in praktischer Arbeit eine engere Fühlungnahme zwischen der Regierung und den Fraktionen sichergestellt werden könne. Das Zentrum hat eine Fraktionslösung über die neue Grundlage abgehalten und unter Vorbehalt einer letzten Entscheidung nach Kenntnisnahme der Gesamtgestaltung des Kabinetts dem Plane einstimmig zugestimmt. Die Führer der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei haben den Plan grundsätzlich gutgeheißen. Die Deutschnationale Volkspartei hält im Laufe des heutigen Dienstag eine Vorstands- und Fraktionsitzung ab.

Das Reichskabinett Dr. Luther würde, den Berliner Blättern zufolge, aus folgenden Vertrauensleuten aus den in Frage kommenden Parteien bestehen: für die Deutschnationalen Wallraf als Innenminister, für die Bayerische Volkspartei Dr. Emminger als Justizminister, für das Zentrum Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und für die Deutsche Volkspartei Reichsaußenminister Dr. Strefemann. Die übrigen Ministerien würden durch Fachmänner besetzt werden und zwar würden von den bisherigen Ministern als Fachminister im Amte verbleiben: Dr. Gehler als Reichswehrminister und Graf Ranitz als Ernährungsminister. Die Frage, ob das Ministerium Luther zustande kommen wird, hängt, wie die Blätter betonen, einmal von der Haltung der deutschnationalen Fraktion ab und andererseits von dem Verbleiben Dr. Gehlers, der übrigens der demokratischen Fraktion nicht mehr angehört, in seinem Amte, da, wie gemeldet, das Zentrum seine Stellungnahme zu dem Kabinett Luther davon abhängig gemacht hat.

Wie die „Börsische Zeitung“ und der „Vorwärts“ hervorheben, würde ein Kabinett Luther auf eine Opposition der sozialdemokratischen und der demokratischen Partei stoßen.

Die Plenarsitzung des Reichstages

ist am Mittwoch nachmittag 4 Uhr anberaumt worden. Auf die Tagesordnung hat der Präsident vorläufig Anträge aus dem Hause gestellt. Die Zeit der Ansetzung der Regierungserklärung bleibt noch vorbehalten.

Deutsch-portugiesische Verhandlungen. Die Verhandlungen eines Schiedsgerichts in Sachen des deutsch-portugiesischen Konflikts, betreffend die portugiesischen Forderungen auf Schadenersatz wegen Kriegshandlungen, die Deutsche vor der Kriegserklärung Portugals an Deutschland in der Kolonie Angola begangen haben sollen, haben in Berlin begonnen. Es handelt sich in der Hauptsache um die Vernehmung deutscher Zeugen. In der ersten Sitzung hatte der ehemalige Gouverneur von Südwestafrika, Sely, auf die ihm von deutschen Weisigern gestellten Fragen zu antworten.

Der Rücktritt des amerikanischen Staatssekretärs Hughes wird angekündigt. Eine Washingtoner Neutermeldung besagt, dortige politische Beobachter sagten voraus, daß der Rücktritt Hughes' den Beginn einer neuen Ära in der amerikanischen politischen Verwaltung bedeute und daß in Zukunft Coolidge die Regierung führe und das Staatsschiff, soweit wie möglich, unbeherrscht von Parteieinflüssen des Kongresses steuern werde. Die führenden Senatoren seien durch die Mitteilung von dem Rücktritt des Staatssekretär und der Ernennung Kelloggs zu seinem Nachfolger völlig überrascht worden. Es wird betont, daß sie entgegen allem Verkommen vom Präsidenten vor der Mitteilung des Beschlusses nicht zu Rate gezogen wurden.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

Neue französische Vorschläge

Die deutsche Delegation veröffentlicht, wie aus Paris gemeldet wird, folgendes Communiqué: Angesichts der ablehnenden Haltung, welche die deutsche Regierung gegenüber dem von Frankreich vorgelegenen Provisorium einnimmt, machte Handelsminister Raynaldy in einer Besprechung mit dem Staatssekretär Dr. Trendelenburg den Vorkämpfern der Verhandlungen neue Vorschläge. Diese Vorschläge werden zurzeit von der deutschen Delegation geprüft. Die Havas-Agentur teilt mit, daß Staatssekretär Dr. Trendelenburg Handelsminister Raynaldy mitgeteilt habe, die deutsche Delegation lehne den von der französischen Delegation vorgeschlagenen Entwurf des modus vivendi ab. Angesichts dieser Weigerung unterbreitete die französische Delegation, um alle Mittel zu erschöpfen, die zu einem Abkommen führen könnten, Staatssekretär Dr. Trendelenburg einen neuen Plan in der Form eines zeitlich begrenzten Abkommens. Dieser Entwurf sei so gehalten, daß er die Interessen der französischen und deutschen Produktion sicherstellen könne. Er solle für die Dauer von 5-6 Monaten gelten. Dr. Trendelenburg werde, nachdem er seine Kollegen befragt habe, heute Raynaldy die Antwort der deutschen Delegation auf diese Vorschläge mitteilen. Die deutschen und die französischen Sachverständigen hätten im Hinblick auf den Abschluß des Handelsvertrages ihre Beratungen fortgesetzt. Heute wurden besonders die Tariffache für Spielwaren und Haushaltsgegenstände beschlossen.

W.D. London, 13. Jan. Das Reutersche Büro berichtet aus Paris über die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, die Industrie Elsaß-Lothringens und des Saargebietes würde durch einen französisch-deutschen Tarifvertrag äußerst ernstlich betroffen werden, und es werde bestimmt versucht, einen Druck auf die französische Regierung auszuüben, damit sie mit Deutschland zu einer Vereinbarung gelangt.

Der neue französische Vorschlag

Aber den dem Staatssekretär Trendelenburg überreichten neuen Entwurf für einen modus vivendi sind der Pariser Presse offenbar von bestimmter amtlicher Stelle gleichmäßige Mitteilungen zugegangen.

Nach dem „Matin“ handelt es sich um ein Abkommen von 8-10 Monaten. Man habe im Maße des Möglichen die für die Ausfuhr aus Elsaß-Lothringen zu fordernden Kontingente, die durch Deutschland gehen sollen, eingeschränkt. Der Entwurf fordere die jetzt gültigen Höchsttarife für Wein, Textilien und metallurgische Produkte. Seine Annahme werde gestattet, sowohl in Deutschland als auch in Frankreich den geeigneten Augenblick abzuwarten, an dem die neuen Zollsätze, die dem Parlament unterbreitet seien, Gesetzeskraft erhalten. Trendelenburg habe erklärt, er werde heute seine Antwort übermitteln. Wenn, was man befürchten müsse, sie negativ sei, so wäre jede weitere Verhandlung Zeitverlust; denn das Arrangement, das man jetzt unterbreitet habe, sei für Frankreich das Maximum der Konzessionen und das Minimum der Forderungen. Wenn es nicht angenommen werde, werde es unmöglich sein, einen langfristigen Handelsvertrag abzuschließen, und es bleibe Dr. Trendelenburg nichts weiter übrig, als nach Berlin zurückzukehren. — Der „Matin“ sucht dann die Verantwortung für den Abbruch der Verhandlungen der deutschen Delegation zuzuschreiben, indem er erklärt, während der drei Monate sei es stets die französische Delegation gewesen, die Vermittlungsvorschläge unterbreitet habe. Die deutsche Delegation habe stets eine negative oder passive Haltung eingenommen, und jedesmal, wenn infolge eines neuen Vorschlages von französischer Seite ein Abkommen in Aussicht gewesen sei, habe Dr. Trendelenburg die Reise nach Berlin angetreten, woher er intransigentener denn vorher zurückgekehrt sei.

Zum Abschluß des deutsch-italienischen Handelsvertragsprovisoriums

wird uns von sachkundiger Seite geschrieben:

Die Bedeutung des Abkommens liegt darin, daß für den endgültigen Handelsvertrag beiderseitige Reifbegünstigung zugestanden worden ist, welche Deutschland, abgesehen von dem Vertrag mit England, der aber keinen Zolltarif in unserem Sinne besitzt, mit anderen großen europäischen Ländern bisher nicht vereinbart hat, aber desto stärker nunmehr in den Vordergrund stellen muß. Es ist zu erwarten, daß der endgültige Handelsvertrag bis zum 31. 3. 1925 zum Abschluß gelangt. Bis zu diesem Zeitpunkte gilt das am 10. Januar 1925 in Rom abgeschlossene Provisorium. Es bringt der deutschen Wirtschaft mit Ausnahme von einigen Waren bereits Reifbegünstigung und wird damit sicherlich zu einer starken Belebung der deutschen Ausfuhr nach Italien beitragen. Besonders hervorzuheben ist, daß das gesamte große Gebiet der Chemie, Lederindustrie, Kauffahndindustrie, Papierindustrie, Buchgewerbe und Keramik, insbesondere Porzellanindustrie, sowie Glasindustrie, ferner optische und Spielwarenindustrie nunmehr volle Reifbegünstigung genießen. Bei der Textilindustrie sind einige Ausnahmen gemacht, die aber wie z. B. bei Seide und Kunstseide, worin Italien bekanntlich selbst eine starke Industrie besitzt, mit Rücksicht auf die in Aussicht stehenden schwierigen Verhandlungen mit den übrigen in Betracht kommenden Ländern, nicht schwer ins Gewicht fallen. Die wichtigsten Ausnahmen betreffen das Gebiet des Eisens und der Eisen verarbeitenden Industrie. Hier ist zwar im allgemeinen Reifbegünstigung gewährt, aber für eine Reihe von Waren der Maschinenindustrie und der elektr. technischen Industrie mußten zum Teil aus politischen Gründen Aus-

Mit der Beilage: 6. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

nahmen zugeordnet werden. Mit diesen Waren ist jedoch nach Ansicht der Interessenten bei der heutigen Geschäfts- und Preislage in Italien an sich kein großer Absatz nach dort zu erzielen. Im ganzen betrachtet kann die Wirtschaft beider Länder mit dem Erreichten zufrieden sein, das günstige Ausblick auch für die weiteren Handelsvertragsverhandlungen eröffnet. Das deutsch-italienische Handelsvertragsprovokatorium ist ein weiterer Schritt zu dem von der deutschen Regierung erstrebten Ziele, die Handelsbeziehungen mit allen Ländern nach dem Grundsatz der allgemeinen gegenseitigen Wirtschaftbegünstigung zu regeln.

Das Reichsfinanzministerium ließ in Ausführung des deutsch-italienischen Handelsvertragsprovokatoriums, das bis zum 31. März 1923 gilt, den deutschen Zollstellen Befugnis zugehen, auf die aus Italien eingehenden Erzeugnisse mit einigen ausdrücklichen Ausnahmen rückwirkend vom 11. Januar ab die Vertragszollsätze anzuwenden. Die am 3. Januar veröffentlichte Liste der 45 Länder, auf die in Zukunft vertragsmäßige Zollbehandlungen anzuwenden ist, wurde inzwischen durch Portugal ergänzt, nachdem das Wirtschaftsabkommen mit Portugal inzwischen auf 1 Jahr verlängert wurde. Außerdem erhielten die Zollstellen Anweisungen, bis auf weiteres auf die aus England kommenden Erzeugnisse die vertragsmäßigen Zollsätze anzuwenden.

Politische Neuigkeiten

Vizekanzler a. D. von Bayer für Ebert

In Stuttgart hat jüngst eine öffentliche überparteiliche Kundgebung für den Reichspräsidenten Ebert stattgefunden, die von dem Republikanischen Reichsbund und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, sowie von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Rohnmann geleitet wurde. Der alte Demokrat Friedrich von Bayer hat aus diesem Anlaß einen Brief an Rohnmann geschrieben, in dem es heißt:

„Es ist mir schmerzlich, daß mir meine Gesundheit derzeit nicht gestattet, mich an der öffentlichen Kundgebung zu Ehren des Herrn Reichspräsidenten zu beteiligen. Ich habe so viele Jahre politisch und auch persönlich mit ihm verkehrt, habe während des Krieges so häufig mit ihm im Dienste des Vaterlandes und Volkes zusammengearbeitet und habe ihn dabei stets nur als einen besonnenen, weitblickenden und charaktervollen Mann von durchaus vaterländischer Gesinnung kennen gelernt, so daß ich es nur begründen kann, wenn mir Gelegenheit geboten wird, persönlich in der Öffentlichkeit für ihn Zeugnis abzulegen, womit ich übrigens nicht gesagt haben möchte, daß der Reichspräsident irgend einen Eideshelfer nötig hätte.“

So bitte ich wenigstens Ihnen gegenüber auszusprechen zu dürfen, wie ich mich dem Verleumdungsfeldzug und dem Ragnaburger Urteil gegenüberstelle. Während der ganzen Kriegszeit habe ich manchem Herrn Ebert gegenüber aufrichtige Dankbarkeit empfunden, wenn ich sah, mit welcher Entschiedenheit er bisweilen unter nicht einfachen Verhältnissen seine vaterländische Anschauung unerschrocken und rücksichtslos bestritten hat. In diesen Anlässen sah ich auch sein Verhalten während des Streits im Januar 1918. Ich habe das, was es damals meine Amtspflicht war (Bayer war damals Vizekanzler des Reiches), mit größter Aufmerksamkeit verfolgt und habe recht wohl begriffen, daß es sich dabei für ihn um nichts anderes, als ein entgangenes, nicht riskantes Eingreifen für das Vaterland gehandelt hat, von dem die drohenden äußeren und inneren Gefahren nicht durch ein Aufsteigen der extremen radikalen Streikleitung, sondern nur durch ein kluges und vorichtiges Rahmlegen derselben abgewendet werden konnten. Dätte damals mir gegenüber jemand die Behauptung aufgestellt, daß das Landesverrat sei, so wäre mir das einfach lächerlich erschienen und — ich bin überzeugt — ebenso, mit wenigen rücksichtslosen Ausnahmen, allen aus dem damals führenden Parteien.“

Die Berliner Finanzskandale

In dem Verfahren gegen Antister ist, wie der amtliche Preussische Pressedienst meldet, der der Beihilfe zu dem Antister zur Last gelegten Betrag beschuldigte Boris Torbin, der sich bisher der Festnahme entzogen hat, am Montag von der Staatsanwaltschaft festgenommen worden. Torbin wird beschuldigt, zu den Personen gehört zu haben, die sich fälschlicherweise als Abnahmekommissare der rumänischen Regierung ausgegeben und das Hanauer Lager beschlagnahmt haben. Die Staatsanwaltschaft ist mit der Vernehmung Torbins beschäftigt.

Wie dem W.W. mitgeteilt wird, stellte der sozialdemokratische Parteivorstand in einer Sitzung im Reichstag fest, daß eine Verbindung zwischen der Partei und den Geschäften Barrens niemals bestanden hat und weiter, daß in keinem Fall der Beweis dafür erbracht wurde, daß Parteigenossen ihren politischen Einfluß zur Erlangung persönlicher Vorteile benutzten. Der Parteivorstand stimmt mit der Fraktion darin überein, daß durch eine gerichtliche parlamentarische Untersuchung volle Klarheit über alle Korruptionsankündigungen geschaffen werden muß.

Ein Verbot der Rheinlandkommission

Die Erzeiter Zeitungen teilen mit: Wie von Seiten der hiesigen Delegation der interalliierten Rheinlandkommission den Vertretern der Presse eröffnet wurde, hat die Rheinlandkommission öffentliche Protestversammlungen und -entschliefungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften im besetzten Gebiet wegen der Nichträumung der Kölner Zone am 10. Januar verboten. Protestentschliefungen privater Körperschaften, Vereine usw. sind zwar nicht verboten, jedoch ist die Veröffentlichung auch derartiger Entschliefungen der Presse untersagt.

Aus dieser Mitteilung scheint hervorzugehen, daß im französischen besetzten Gebiet im Gegensatz zum britisch besetzten Gebiet schon die Versammlungen der Parteien, in denen zur Nichträumung Stellung genommen werden sollte, verboten werden, während in der englischen Zone nur die Veröffentlichung darüber in der von uns mitgeteilten Weise erschwert bzw. unmöglich gemacht worden ist.

Die Drofflung der Kölner Presse. Die Kölner Zeitungen bringen über die Kundgebungen der politischen Parteien gegen die weitere Besetzung der nördlichen Zone über den 10. Januar keine Berichte, sondern erwähnen nur kurz die Tatsache und fügen hinzu, daß sie aus besonderen Gründen von einer genaueren Berichterstattung über die Versammlungen absehen müßten.

Freilassung des Hauptmanns Saboul. Das Kriegsgericht in Orleans hat gemäß dem Antrag der Angeklagtenvertretung eine neue Untersuchung in der Angelegenheit des ehemaligen Hauptmanns Saboul beschlossen. Auf Antrag der Verteidigung wurde mit 4 gegen 3 Stimmen dessen sofortige Freilassung angeordnet.

Die Durchführung des Dawesplanes

Der Generalagent für die Reparationszahlungen Gilbert Lam am Montag in Paris an. Er wird mit der Reparationskommission in Verbindung stehen und ihr über die weitere Durchführung des Dawesplanes seit dem 1. September 1924 Bericht erstatten. Wie der „Temps“ berichtet, findet unter dem Vorsitz Gilberts am Mittwoch eine Beratung statt, an der die drei Kommissare für die Reichsbank, die Eisenbahn und die kontrollierten Staatseinkünfte, sowie beide beiden Erzhändler für die Industrie- und Eisenbahndarlehner teilnehmen.

Nach einer vom Berliner Büro des Generalagenten für die Reparationszahlungen veröffentlichten Übersicht hat er im Dezember für Rechnung der reparationsberechtigten Länder bezogen für die verschiedenen interalliierten Kommissionen rund 58,59 Millionen Goldmark gezahlt. Von diesem Betrag entfallen u. a. auf England 6,57 Millionen, Frankreich 21,8, Italien 4,63, Belgien 6,49 Millionen. Japan, Jugoslawien, Portugal, Rumänien und Griechenland erhielten im Dezember samt Sachlieferungen die Werte von rund 5,88 Millionen. Die Zahlungen für die Aufwendungen der Reparations-, Rheinland-, Militärkontroll- und Marinekontrollkommission betragen rund 5,77 Millionen. Für den Dienst der Auslandsanleihe sind im Dezember 7,24 Millionen verbucht.

Nach derselben Statistik bezahlte der Generalagent seit Anfang Dezember, d. h. seit Errichtung seines Büros, insgesamt 280,29 Millionen Goldmark, wovon auf England rund 65,88, Frankreich 113,65, Italien 23,52 und Belgien 29,55 Millionen entfallen. Die Gesamtleistungen an Japan, Jugoslawien, Portugal, Rumänien und Griechenland erreichen die Höhe von 14,97 Millionen, die Zahlungen für die interalliierten Kommissionen 17,47 Millionen. Als Zahlungen aus dem Reparationsentschädigungsakt sind gebucht für England im Dezember 4,19 Millionen, für die letzten vier Monate 51,47 Millionen, für Frankreich im Dezember 178,955 Goldmark, insgesamt 1 922 284 Goldmark, als Zahlungen an die französisch-belgische Okkupationsarmee rund 20 Millionen und für Reparationen, Schadensersatzleistungen und Lieferungen aus dem Rheinlandsabkommen 39,4 Millionen. Die Kohnlieferungen an Frankreich, Italien und Belgien erreichten einen Wert von 53,9 Millionen. Die Kosten für den Transport sind mit 28,8 und schließlich die Lieferungen an Farbstoffen, pharmazeutischen Produkten und künstlichen Düngern an Frankreich, England, Italien und Belgien mit 15,6 Millionen Goldmark gebucht.

W.W. Washington, 13. Jan. Senator Borah erklärte im Senat, der Dawesplan könne nicht dauernd einen Wert haben, wenn nicht die genaue Gesamtsumme der Reparationen festgelegt werde. Ein großer Fehler des Dawesplanes sei es, daß er die industrielle und finanzielle Politik eines großen Volkes unter die Aufsicht fremder Mächte stelle. Der Plan könne nur solange Erfolg haben, als andere Mächte diesem Volke Geld liehen.

Amerika und die Pariser Konferenz

Wie Gagos aus Washington meldet, hat die amerikanische Regierung das zwischen den amerikanischen Delegierten und den alliierten Finanzministern auf der Finanzministerkonferenz beschlossene Abkommen bezüglich der amerikanischen Schuldentilgung angenommen. Das Washingtoner Staatsdepartement betont jedoch, daß die Zustimmung der Regierung lediglich auf die Grundzüge auf Grund deren das Abkommen getroffen worden sei, bezog.

Weiter meldet aus Paris, falls Washington zustimme, sei vereinbart, daß die amerikanischen Besatzungskosten von 4 Milliarden Dollars als Prioritätsrecht von den Daweszahlungen mit 52 Millionen Goldmark jährlich abgezahlt werden sollen, beginnend mit dem 1. September 1926. Für den Reparationsanspruch der Vereinigten Staaten werden jährlich 2 1/2 Proz. bestimmt, die alle Alliierten tragen werden in dem ihr Anteil entsprechend vermindert wird. Der gesamte Anteil Amerikas an den Besatzungskosten wird jährlich 87 Millionen Goldmark nicht übersteigen.

Die Militärkontrolle und Oesterreich

W.W. Wien, 13. Jan. Das „Neue Wiener Journal“ meldet unter Vorbehalt, daß nach dem Bericht eines als zuverlässig erwiehnen Mannes die Militärkontrollkommission der Entente, welche jetzt schon seit mehreren Wochen in Osterreich Revision vornehme, auf Grund einer geheimen Anzeige in einem schuppenähnlichen Gebäude in Wien 20 neue Kanonen feststellt habe. Der Vizepräsident Schöber habe einer Aufklärung der Entente-Kommission, die Herausgabe von Verlässen, abgelehnt, da die Angelegenheit nicht in den Wirkungsbereich der Polizei falle. Daraufhin hätte die Kontrollkommission mit dem Ministerium des Äußern Fühlung genommen, welches die Auslieferung der Geschütze verlangt habe. — In diesem Vorfall schreibt das „Neue Wiener Journal“: Im Sinne des Vertrages von St. Germain steht Osterreich das Recht zu, seine Wehrmacht mit 20 Kanonen auszurüsten. Doch müsse die Militärkontrollkommission davon verständigt werden. Die Oesterreichische Regierung soll im vorliegenden Falle die Verständigung durch ein Verzeichnis unterlassen und dadurch eine Übertretung der militärischen Bestimmungen des Vertrages von St. Germain verschuldet haben.

Für Revision der Luftfahrbestimmungen

W.W. Washington, 13. Jan. (Funkspruch). Der Republikaner Fish, der dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten angehört, brachte eine Entschliefung ein, in der Coolidge aufgefordert wird, das Haus über die Haltung des Reichsrates in der Frage der Revision der Begriffsbestimmung der Handelsluftfahrt zum Unterschied von der militärischen Luftfahrt zu unterrichten, wenn sich dies mit den nationalen Interessen vereinbaren lasse. — Fish erklärte, der Rat habe Deutschland die Wiederaufnahme des Baus von Handelsluftfahrzeugen gestattet und im Mai 1922 angekündigt, daß die Revision der Luftfahrbestimmungen binnen zwei Jahren in Aussicht genommen sei. Bisher erfolgte aber in dieser Hinsicht keine Mitteilung.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Württemberg

Die Lage des Arbeitsmarktes in das neue Jahr ein verhältnismäßig günstiges Bild. Die Zahl der unterjüngsten Erwerbslosen betrug am 1. Januar etwa 3600 gegenüber 3000 am 15. Dezember. Von der Steigerung um 600 kommt etwa der fünfte Teil auf drei ganz industrielle Bezirke (Eilsheim, Walsch, Wingen), die zusammen annähernd 300 Erwerbslose haben, während z. B. die stark industriellen Bezirke Goppingen, Eßlingen, Neutlingen, Ludwigsburg, Feuerbach-Juffenhaußen, Eßlingen-Waltingen, Tuttlingen und Badnang alle zusammen nicht diese Zahl von Erwerbslosen aufweisen. Es beweist, wie günstig die württembergische Industrie, besonders die Metall- und Textilindustrie zurzeit beschaffen ist. Trotzdem und trotz der fortschreitenden Verringerung in der Metallindustrie wird voraussichtlich mit dem Einsetzen des Frostes die Zahl der Erwerbslosen ansteigen.

Prozess gegen einen zaristischen Prokurator. In Moskau begann, wie die Russ. Tel.-Agentur meldet, vor dem Obersten Gericht der Prozess gegen den vor einigen Tagen festgenommenen Prokurator der zaristischen Diktatur, Oksch, der von 1873—1880 aktiv in der Partei Narodna Wola (Volkswille) arbeitete, und an einer Reihe von Verschwörungen dieser Partei teilnahm. Oksch wurde 1880 zum Tode verurteilt, jedoch bald darauf gänzlich begnadigt. Auf Grund seiner Tätigkeit während der Zarenherrschaft wurden über 60 Revolutionäre verhaftet und viele davon hingerichtet.

menen Prokurator der zaristischen Diktatur, Oksch, der von 1873—1880 aktiv in der Partei Narodna Wola (Volkswille) arbeitete, und an einer Reihe von Verschwörungen dieser Partei teilnahm. Oksch wurde 1880 zum Tode verurteilt, jedoch bald darauf gänzlich begnadigt. Auf Grund seiner Tätigkeit während der Zarenherrschaft wurden über 60 Revolutionäre verhaftet und viele davon hingerichtet.

Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident betraute den Reichszugler Dr. Warg bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete.

Dem Reichstag gingen eine Reihe neuer Anträge zu, darunter ein Antrag Reich (B. Vp.), der die sofortige Auflösung der Reichsgetreidestelle fordert, ein Antrag Schmidt (Dnl.), der um Außerkraftsetzung der Verordnung betr. Verbot des Tragens der Militäruniform durch ehemalige Angehörige der bemanneten Mächte ersucht, ein Antrag Müller-Franken (Soz.), der für eine umgehende Verlegung eines Schanzstättengesetzes eintritt und ein Antrag Meyer (B. Ver.), der eine Verringerung der Landpostbefugnisse anregt.

Ein handelspolitischer Ausschuss des Reichstags. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird beabsichtigt, angesichts der wichtigen Zoll- und Handelsfragen mit dem Ausland und der noch schwebenden Handelsvertragsverhandlungen einen „Handelspolitischen Ausschuss“ des Reichstags zu bilden, der als Mitglied zwischen dem auswärtigen und dem wirtschaftspolitischen Ausschuss gebildet ist.

Der Kommunistenrat, der gegen eine Revision von 50 Millionen, welche die deutsche kommunistische Reichstagsfraktion stellte, in Wien aus der Haft entlassen wurde, mußte die Erklärung abgeben, daß er zur Verhandlung seines Prozesses in Wien bleiben werde.

Badischer Teil

Die Tarifpolitik der Reichsbahn

Von der Reichsbahndirektion Karlsruhe wird uns geschrieben: In einer Reihe süddeutscher Zeitungen erschienen in letzter Zeit Ausführungen über die derzeitige Tarifpolitik der Reichsbahn gegenüber den Binnenschiffen des Oberrheins und des Rheins. Wenn diese darin als einseitig das oberrheinische Interesse vernachlässigend dargestellt wird, so werden dabei über Gebühr die von der Rheinschiffahrt nachteilig empfundenen Momente vor dem Auge in dem Artikel selbst angegebenen „kleinen Erfolge“ zurückgeführt.

Aus bekannten Gründen haben nach dem Weltkrieg die sämtlichen damaligen Staatsbahnen (auch die badische) und ihnen folgend die Reichsbahn mit dem die Förderung von Industrie und Handel zur ersten Nichtsamt nehmenden Ausnahmestellung gegenüber den Binnenschiffen brechen müssen. Gerade der neu sich konstituierenden Reichsbahn war es in der Folge dann vorbehalten, in Anknüpfung alter Fäden wieder im Laufe der kommenden Jahre auf die früheren Verhältnisse zurückzugreifen und besonders auch der Oberrheinschiffahrt wieder Interesse u. Unterstützung zuzuwenden. Lange bevor die Sechsfachtarifpolitik, die heute von der „Neuen Badischen Landeszeitung“ so stark angegriffen wird, wieder aufgenommen wurde, hat die junge deutsche Reichsbahn für die Rheinschiffahrt bereits einen Wasserstraßentarif ausgearbeitet und veröffentlicht; und wenn dieser Tarif dann nicht in praktische Wirksamkeit treten konnte, so war dies nicht etwa das Verschulden der Reichsbahn, sondern nur der Natur der Dinge, die die Regelung des Rheinschiffahrtswesens das Hemmnis, das es unmöglich machte, diesem Tarif Leben und Wirksamkeit zu verleihen. Im übrigen Deutschland konnte die tarifpolitische Entwicklung natürlich auch zur Aufrechterhaltung nicht stillstehen, so sind denn seit Ende vorigen Jahres Sechsfachtarife allerdings zur Entschädigung gekommen, nicht aber, und das verdient besonders hervorgehoben zu werden, Sechsfachtarife für Kohle nach der Küste. Für Kohle ist ein tiefgreifender Sonderausnahmetarif bislang allein für den Rhein geschaffen worden, und man kann sich nicht ganz eines Gefühls wie von Unbill erwehren, wenn dieser mit außerordentlichen Mäßen trotz ganz besonders schwerwiegender (auch politischer) Bedenken gebilligter Tarif heute nur als ein „kleiner Erfolg“ registriert wird. Achtzig Prozent, vier Fünftel des gesamten Rheinverkehrs haben als Transportgut die Kohle; die Ein- und Ausfuhrgegenstände nach dem Rhein machen zehn Prozent. Der übrige Verkehr gleichfalls etwa zehn Prozent aus. Für vier Fünftel des Verkehrs hat sich die Reichsbahn hiernach seit nunmehr drei Jahren grundständig, seit bald einem Jahre praktisch als Helferin der Rheinschiffahrt zur Verfügung gestellt. Der oft belagte Staffeltarif ist damit in einem weitläufigen Anwendungsbereich gegenüber der Rheinschiffahrt abgelehnt, und wenn heute noch über das Aufbrechen der oberrheinischen Kohle bis in die Zentralen des Ruhrgebietes hinein und in das Hauptlagergebiet der Ruhrkohle (Mannheim) gelangt wird, so gehört gerade diese Verschwerde heute schon vergangener Zeit an, in der das Ruhrgebiet einfach nicht zur Lieferung fähig und bei Nichtlieferung schlesischer Kohle der Oberrhein fremder Kohle auszulieferen war. Was dann speziell die Sechsfachtarife betrifft, so ist es ja allerdings richtig, daß seit dem 1. Dezember eine ganze Reihe deutscher Sechsfachtarife für Belgien, demnach auch für Ostland gelten. Es ist aber beim besten Willen nicht anzunehmen, daß die hier in Frage kommenden Artikel, wie Feuerzunder, Blei, Eisen, Schwefel, Stahlgut eine durchschlagende Rolle für Gebieten und Werken der Rheinschiffahrt spielen, oder daß Hans- und Thüringerwaren bei heutigen Zinssätzen und den Transportkosten der Binnenschiffahrt unbedingt als Schiffgut angesprochen werden könnten. Schließlich kommt es ja doch nicht auf die Zahl der Tarife, sondern auf die Zahl der Güter und Transportarten an. Wäre es anders, so könnte übrigens auch die Reichsbahn mit einer „ganzen Reihe“ von Umfahntarifen aufwarten, die auch besonders für Rheinschiffahrtsgut zurzeit in Kraft gesetzt sind. Neben dem großen und in seiner Wirkung allein entscheidenden Kohlenumschlagstarif bestehen zugunsten der Oberrheinschiffahrt von einzelnen Versandstationen aus Tarife für Puddelstein, und Schweißschlacken, für Stein- und Siedesalz, für rotes Steinsalz, für Kalisalz und schließlich auch zur Ermöglichung des Durchgangsverkehrs nach den Donau- und anderen Transitländern ein allgemeiner Transitumschlagstarif für die Güter der oberen 4 Tarifklassen, für Mineralöle, für Getreide, Kalkstein, Mühlenfabrikate und — in umgekehrter Richtung von höchst wesentlicher Bedeutung — für Holz.

So ganz verhängnislos, wie es nach den vielfach heute publizistisch erhobenen Klagen erscheinen könnte, hat hiernach die Reichsbahn bislang dem Binnenschiffahrt und besonders den Interessen der Oberrheinschiffahrt doch nicht gegenübergestellt. Rückwirkungen der getroffenen Tarifregelungen machen sich auch schon vielfach bemerkbar. Andere, weniger als der Rhein bediente Wasserstraßensysteme Deutschlands wol-

ten sich gegen die Reichsbahn zu verhalten, hat hiernach die Reichsbahn bislang dem Binnenschiffahrt und besonders den Interessen der Oberrheinschiffahrt doch nicht gegenübergestellt. Rückwirkungen der getroffenen Tarifregelungen machen sich auch schon vielfach bemerkbar. Andere, weniger als der Rhein bediente Wasserstraßensysteme Deutschlands wol-

ten sich gegen die Reichsbahn zu verhalten, hat hiernach die Reichsbahn bislang dem Binnenschiffahrt und besonders den Interessen der Oberrheinschiffahrt doch nicht gegenübergestellt. Rückwirkungen der getroffenen Tarifregelungen machen sich auch schon vielfach bemerkbar. Andere, weniger als der Rhein bediente Wasserstraßensysteme Deutschlands wol-

ten sich gegen die Reichsbahn zu verhalten, hat hiernach die Reichsbahn bislang dem Binnenschiffahrt und besonders den Interessen der Oberrheinschiffahrt doch nicht gegenübergestellt. Rückwirkungen der getroffenen Tarifregelungen machen sich auch schon vielfach bemerkbar. Andere, weniger als der Rhein bediente Wasserstraßensysteme Deutschlands wol-

ten sich für ihr Umfänglichkeit die Tarife des Rheins zu eigen machen. Die Reichsbahn sieht sich bei jedem Schritte, den sie auf binnenschifffahrtstarrlichem Wege macht, zur Abschätzung gezwungen, wie weit sie nicht nur durch die sonderbare Tarifmaßnahmen allein, sondern durch deren Auswirkung auch auf weitere Gebiete finanziell betroffen werden kann. Denn mindestens ebenso planmäßig wie die Berufung der Oberbehörden auf die Sechsentarife erscheint auch die Berufung des einen Binnenschifffahrtstarrliches auf den anderen Binnenschifffahrtstarrlich. Gendert es sich im letzteren Falle doch — soweit der Eisenbahntransport vom oder zum deutschen Binnenhafen in Frage kommt — allemal um deutsche Binnentransporte, während der Transport zum deutschen Seehafen als ein Transport nach und über die deutsche Grenze hinaus sich darstellt und daher wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch ganz anders gewertet sein will und muß, als der Transport zum deutschen Binnenhafen.

Wie die weitere Entwicklung der deutschen Eisenbahntaripolitik sich gestalten mag, kann im einzelnen vielleicht zweifelhaft erscheinen. Im ganzen wird die Reichsbahn für sich in Anspruch nehmen können, trotz mannigfacher Anfeindungen in aller Vergangenheit, das Ziel verfolgt zu haben, der ganzen deutschen Volkswirtschaft nach Kräften sich zur Verfügung zu stellen. Dies Ziel wird sie auch weiter verfolgen; örtliche Interessen und Beschwerden können dabei lehrreiche Begleiter, niemals aber alleinige Mächte sein.

Die Erhöhung der badischen Beamtengelder

Der Reichsgerichtsrat, zwei Mitglieder des Reiches und zwei des Bundesstaates Baden, beriet am Montag in nichtöffentlicher Sitzung über den Einspruch des Deutschen Reiches gegen die Erhöhung der badischen Beamtengelder der unteren Gruppen um 20 Prozent im Gegensatz zum Reich, das nur 12,5 Prozent bewilligt hatte. Der demokratische Abgeordnete des badischen Landtages Dr. Ullrich und der Präsident des badischen Oberstaatsamtes Dr. Schmitt vertraten die Interessen der badischen Regierung. Der Einspruch des Deutschen Reiches wurde als begründet anerkannt. Die Kosten des Verfahrens wurden Baden auferlegt.

Badischer Verkehrsverband

Nach einer am Samstag vorausgegangenen Sitzung des Vorstandes tagte in der Handelskammer zu Karlsruhe am Sonntag die aus allen Landesstellen gutbesuchte Versammlung des Landesauschusses des Badischen Verkehrsverbandes.

Generalkonferenz Meisinger eröffnete als Präsident des Badischen Verkehrsverbandes die Sitzung und wies einleitend auf die großen Aufgaben des Badischen Verkehrsverbandes als Landeszentrale für Verkehrsverbund hin. Neben einer Reihe interner Organisationsfragen, die die Bildung eines besonderen Ausschusses zur Folge hatten, kamen eine Anzahl bedeutender Fragen des Verkehrs und Fremdenverkehrs sowie der Verkehrsverbund zur Erörterung. Einmütig wurde die Beteiligung an der Deutschen Verkehrsausstellung 1925 in München beschlossen. Die Ausgabe 1926 vom Verkehrsverband herausgegebene „Badische Kalender“ soll als 10-jähriger Jubiläumskalender unter Verwendung des durch den photographischen Wettbewerb gewonnenen prachtvollen Bildmaterials besonders in technischer Hinsicht weiter vervollkommen werden. Die Beteiligung an der Ausgabe eines Süddeutschen Kalenders ist in Aussicht genommen. Die Bemühungen des Verbandes um Förderung des Winterports sind bekannt.

Interessante und bedeutsame allseitig beifällig aufgenommene Mitteilungen machte der Vertreter der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Oberregierungsrat Schifferdecker, über die Fahrpläne und Tarifgestaltung hinsichtlich des Durchgangsverkehrs über Baden. Anerkennung fand auch die großzügige Ausdehnung der Sonntagsfahrten. Hierauf wurde nachstehende Entschließung über die Festhaltung der unvollendet gebliebenen Bahnbauten im Schwarzwald einstimmig angenommen:

„Die Verzögerung der Vollendung der nahezu fertiggestellten drei Bahnbauten im Schwarzwald: Titisee-St. Märgen, Rendschach und Kappelbahn, bedeutet eine schwere Schädigung und fortdauernde Beunruhigung weiter Wirtschaftskreise des Schwarzwaldes. Der Fremdenverkehr, Handel und Industrie haben sich auf Grund der vom Reich hinsichtlich der Vollendung dieser Bahnen vertraglich übernommenen Verpflichtung auf Eröffnung der Bahnen in angemessener Frist eingestellt, eine weitere Verzögerung der Inbetriebnahme hindert jegliche Entwicklung. Bedeutsame Anlagewerte liegen brach und unbenutzt. Der Badische Verkehrsverband bittet erneut und dringend, die Inbetriebnahme der bereits vollendeten Strecken und die Festhaltung der begonnenen Linien schleunigst herbeizuführen.“

Direktor Schumacher der Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbund-Verkehr machte eingehende Ausführungen über die vielseitigen, großzügigen Pläne zur Förderung des deutschen und internationalen Reiseverkehrs. Es seien u. a. erwähnt die Errichtung von deutschen Reisebüros im Ausland und von Informationsbüros für die Presse, die Durchführung einer Kollektivreise in Amerika, die Ausgabe von regionalen Reisebüchern der einzelnen deutschen Reise- und Touristengebiete, die Veranstaltung von Journalistenfahrten, die Befreiung des Bismarckweges die sich immer noch in der Schwebe befindet, über die Beteiligung der RDB an der Deutschen Verkehrsausstellung München 1925, der sich auch der Badische Verkehrsverband anschließen wird.

Von Seiten des Badischen Verkehrsverbandes wurden schließlich auf entsprechende Anfragen noch die wichtigeren Fahrpläneverbesserungen im kommenden Fahrplan bekanntgegeben. Nach fünfjähriger Dauer wurde die Tagung durch den Präsidenten, Generalkonferenz Meisinger, mit dem Wunsch geschlossen, daß die Verhandlungen, an denen außer den Vertretern der Gemeinden, Bahnen und Kurverwaltungen und Vereinen, der Handelskammer usw. auch die Vertreter der Landesorganisation des badischen Hotelgewerbes teilnahmen, ein kräftiger Impuls zur Förderung und Belebung des badischen Reise- und Fremdenverkehrs und damit des badischen Wirtschaftslebens erfolgen möge.

Der Verein Badischer Pflanzengärtner

hielt am Sonntag in Offenburg seine vierte ordentliche Generalversammlung ab, verbunden mit einer Ausstellung pflanzengärtnerischer Maschinen und Geräte sowie aller Produkte der Badischen Pflanzengärtnerei.

In der Generalversammlung bewilligte zunächst der Vorsitzende, Saatgutdirektor Söhrenst, Straßensachen die Erschließung. Der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Gehard, wies auf die Notwendigkeit der Intensivierung und Förderung der Pflanzengärtnerei zur Sicherstellung der Volksernährung hin. Geschäftsführer Landwirtschaftsrat Buch-Kallat erstattete den Geschäftsbericht. Der Verein zählt zur-

zeit 126 tätige, 80 für- und weibliche Mitglieder sowie korporative Mitglieder mit jeweils etwa 350 bzw. 250 Einzelmitgliedern, sowie eine größere Anzahl Saatgutstellen. Die Saatgutanstalt Kallat mußte weiter ausgebaut werden. Die technische Tätigkeit der Organisation und die Entwicklung der badischen Pflanzengärtnerei konnte darin zum Ausdruck, daß im Laufe des Berichtsjahres 126 Hektar Originalsaatgut bebaut und über 6000 Hektar Saatgut verkauft werden konnten. Gute Fortschritte hätten auch die Zentrale in Kallat, die Saatgutanstalt sowie die verschiedenen Saatgutanstalten des Ober- und Unterlandes gemacht. Wie für die Pflanzengärtnerei selbst so sei auch auf dem Gebiete der Vereinsorganisation im vergangenen Jahre erfolgreich gearbeitet worden. Erfolgreich sei, daß die Mitglieder sich entschlossen hätten, die Aufnahme in das Saatgutregister der deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin zu erstreben, denn nur so könne es vermieden werden, daß man die badischen Gärtner als Gärtner zweiter Klasse betrachte. — Im weiteren Verlauf der Abwicklung der Tagesordnung wurde u. a. der Umfang der Beteiligung an der diesjährigen landwirtschaftlichen Ausstellung in Stuttgart erörtert und eine enge Zusammenarbeit mit der Badischen Landwirtschaftskammer als zweckmäßig und wünschenswert empfohlen. — Hervorzuheben wäre noch die Mitteilung, daß im kommenden Jahr wieder eine Saatgutprämierung für das Land Baden veranstaltet werden soll. — Über die Arbeitsgemeinschaft „Fränkische Luzerne“ sprach anschließend Saatgutinspektor Lieber-Kallat, der an Hand von Zahlenangaben die Wichtigkeit der Förderung der Luzerne-Baues betonte. — Der von dem Vereinskassierer Bahn erstattete Kaspenbericht ergab, daß der Verein mit einem sehr geringen Plus aus dem Inflationsjahr 1923 in das stabile neue Geschäftsjahr eingetreten ist und daß der finanzielle Neuaufbau eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge erforderlich mache. Die Beiträge wurden alsdann für tätige Mitglieder auf 20 Mark, für tätige und fördernde Mitglieder im Beamtenerhältnis auf 1 Mark, für fördernde Mitglieder auf 5 M. und für korporative Mitglieder auf 0,30 M. pro Jahr festgesetzt. — In einem anschließenden Referat betonte der zweite Vorsitzende, Stos-Salen, nachdrücklich die Notwendigkeit der Schaffung eines Instituts für Pflanzengärtnerei in Baden. Er führte u. a. an, daß das Vorhandensein von Pflanzengärtnern in Norddeutschland haben nicht davon entbände, seine eigenen Pflanzengärtner zu haben, deren Arbeit in einem eigens hierzu geschaffenen Institut ihre wissenschaftliche Fundamentierung finden müßte. Bayern und Württemberg seien uns in dieser Beziehung schon vorbildlich und erfolgreich vorangegangen. — In diesem Punkt bemerkte der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Gehard, daß die Verwirklichung dieser Bestrebungen zur Schaffung eines Pflanzengärtnereinstituts von der Landwirtschaftskammer anerkannt werde, und er erinnerte daran, daß die Landwirtschaftskammer sich bereits für staatliche finanzielle Unterstützung eingesetzt habe, jedoch sei die Frage eines Zuschusses noch nicht geregelt. — Als nächster Tagungsort wurde Donaueschingen bestimmt.

Das große Interesse, das die badische Landwirtschaft an Saatgutfragen nimmt, kam in dem außerordentlich starken Besuch der öffentlichen Nachmittagsversammlung zum Ausdruck, die wieder vom Saatgutinspektor Söhrenst mit einer Begrüßungsansprache eröffnet wurde. Erschienen waren zu dieser Versammlung u. a. Ministerialrat Wein als Vertreter des Ministeriums des Innern, Landrat Engler, Landwirtschaftsrat Dorn-Förchheim (Bayern) hielt einen Vortrag über „Pflanzengärtnerei“ Fragen mit besonderer Berücksichtigung der bodenständigen Pflanzengärtnerei und deren Vorzüge, besonders für die süddeutschen Verhältnisse. Dem interessanten Vortrag folgte ein lehrreiches Referat des Saatgutleiters Söhrenst über „Die bisherigen Erfolge auf dem Gebiete der badischen Pflanzengärtnerei, ihre Auswirkung auf die bäuerlichen Verhältnisse und über das Wesen und die Bedeutung des Vereins badischer Pflanzengärtner.“

Der Badische Bauernverein zur wirtschaftlichen Laac

Der Hauptvorstand des Badischen Bauernvereins hat in seiner Sitzung am 9. Januar zu den schwerwiegenden wirtschaftlichen Fragen Stellung genommen und diese Stellungnahme in Resolutionen den in Betracht kommenden Behörden und Instanzen zur Kenntnis gebracht. U. a. jetzt sich der Bauernverein nochmals nachdrücklich für die abschließende Erledigung der Schutzvollstreckung im Sinne der Landwirtschaft ein. Er wendet sich ferner dagegen, daß der badische Bingerstand durch den deutsch-spanischen Handelsvertrag ruiniert wird und verlangt von Reichstag eine Ablehnung dieses Abkommens. Bei den kommenden Handelsvertragsverhandlungen muß das Interesse des Bingerlandes und der Landwirtschaft unter allen Umständen gewahrt bleiben. Bezüglich der zurzeit ausgeschütteten Rentenbankkredite wird eine bessere Berücksichtigung der süddeutschen Bauern verlangt. Der Badische Bauernverein verlangt endlich von der Regierung Maßnahmen auf dem Gebiet der Hagelversicherung, um die badischen Landwirte gegen Hagelschäden in diesem Jahre sicherzustellen. Mit besonderem Nachdruck wendet sich die Organisation gegen die derzeitige Steuerlast der Landwirtschaft, die einfach ins Unerträgliche gewachsen sei. Gefordert wird im einzelnen noch eine grundlegende Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes zur Beseitigung der bestehenden Ungerechtigkeiten; der Verzicht auf die Heranziehung der Landwirtschaft zur Gebäudebesondersteuer, wie dies auch in anderen deutschen Einzelstaaten bereits durchgeführt ist, und endlich eine allgemeine Umwandlung der für Gebiete schwerer Wetterkälte zugestandenen Steuerumgebung in einen Nachlaß der steuerlichen Verpflichtungen, da nur auf diese Weise den Landwirten in wirkungsvoller Weise geholfen werden kann.

Aus den Parteien

Der Landesauschuss der Deutschen Volkspartei trat am Sonntag in Karlsruhe zusammen, um zu dem Ergebnis der Reichstagswahlen und zu den Fragen der Reichs- und badischen Landespolitik Stellung zu nehmen. Der offizielle Bericht über diese Sitzung besagt u. a.: Reichstagsabgeordneter Dr. Curtius referierte dann über die Frage der Regierungsbildung im Reich. Der Landesauschuss bekennt sich einmütig zu dem von Dr. Stresemann und der Reichstagsfraktion eingeschlagenen politischen Kurs, dessen Ziel die Schaffung einer tragfähigen bürgerlichen Regierung ist. — Prof. Weber nahm zu den an dem Ausgang der Reichstagswahlen in Baden angeführten Erörterungen in der Presse und zu der Frage der Haltung der Landespartei zur badischen Regierungsbildung Stellung. Er war sich mit der Landesversammlung einig in der Auffassung, daß die Deutsche Volkspartei keine Veranlassung habe, ihre bisherige Haltung zu revidieren. Es wurde

eine Entschließung angenommen, in der gegenüber dem durch die Nichträumung der Kölner Zone erfolgten Rechtsbruch schärfster Einspruch erhoben wird.

Kommunale Rundschaue

Aus dem Stadtrat Karlsruhe. Die Viegegebühren für lebendes Vieh werden mit sofortiger Wirkung ermäßigt und zwar für je ein Stück Großvieh oder Pferd von 1 Mark auf 50 Pfennig und Kleinvieh oder Schwein von 30 auf 20 Pf. Bei Sammelwiegungen von mindestens 5 Stück für das Stück Kleinvieh oder Schwein beträgt die Stückgebühr 10 Pfennig. Ferner wird vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses die allgemeine Schlachthofgebühr für jedes Pfund im Schlachthof erschlachteten Fleisches mit Wirkung vom 1. Februar an von 3 auf 2,5 Pfennig herabgesetzt. Für das sogen. Selbened'fische Feld zwischen Rördlicher Hilsapromenade und Molkestraße und das Gebiet Jolleräder-Weiche-Mühlburg sind neue Baufluchtlinien aufgestellt worden. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von den Plänen, die das Tiefbauamt als Grundlage für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse am Marktplatz, bei der Hauptpost und am Mühlburger Tor ausgearbeitet hat. Hiernach soll der Verkehr an diesen Punkten nach neuzeitlichen Gesichtspunkten geordnet und in streng vorgeschriebene Bahnen geleitet werden. Die beabsichtigten Maßnahmen erstrecken sich besonders auch auf den Schutz der Fußgänger und des bei der Straßenbahn benutzenden Publikums.

Die zweite Bürgermeisterstelle in Heidelberg. Der Vorstand des Heidelberger Gewerbe- und Handwerkervereins hat in einer einstimmig gefaßten Entschließung den in Betracht kommenden Instanzen den Wunsch unterbreitet, den freigewordenen zweiten Bürgermeisterposten wieder mit einem Techniker zu besetzen.

Das Krankenhaus Rohrbach bei Heidelberg ist, nachdem die Verhandlungen mit dem Eigentümer, dem Verein für Genußgüterfürsorge in Mannheim, abgeschlossen worden sind, ab 1. Januar 1925 in die Verwaltung des Kreises Heidelberg übernommen worden. Daselbstes Haus ist auch in Zukunft zur Aufnahme von Lungentranken bestimmt. Im Gegensatz zu den Heilstätten werden im Krankenhaus Rohrbach alle Lungentranke in jedem Stadium, Leicht- und Schwertrante, aufgenommen. Die Leitung bleibt in den Händen des Herrn Dr. Oad in Rohrbach. Die Angehörigen des Kreises Heidelberg sind bei der Aufnahme vorzugsberechtigt. Der Verein Genußgüterfürsorge hat sein Interesse an der Erhaltung des Krankenhauses Rohrbach dadurch bewiesen, daß er Wert darauf legte, 25 Prozent der Betten reserviert zu erhalten zur Aufnahme Lungentranke, die von seinen Mitgliedern, d. h. eine große Anzahl von Industrie- und Handelsunternehmungen Badens, eingewiesen werden.

Der Bürgerausschuss Sinsach genehmigte den Bau eines Schulhauses. Angenommen wurde ferner u. a. die Vorlage auf Erstellung eines Postbeamten-Wohnhauses, zu welchem Zweck die Reichspostverwaltung ein Darlehen zur Verfügung stellt.

Aus der Landeshauptstadt

Weichschof Dr. Burger aus Freiburg ist gestern nachmittag hier eingetroffen; sein Besuch ist nicht offizieller Natur. Der Weichschof ist in St. Stephan abgestiegen.

Wettbewerbserfolg eines Karlsruher Architekten. Die Stadtgemeinde Illm a. d. Donau hatte unter den reichsdeutschen Architekten einen Wettbewerb zur Bebauung des Münsterplatzes in Illm ausgeschrieben. Das Preisgericht hat von den eingegangenen 478 Entwürfen 3 mit einem 1. Preis ausgezeichnet, darunter den Entwurf mit dem Kennwort: „Ulrich Enfinger“ Verfasser: Professor G. v. Teuffel, Architekt in Karlsruhe.

Süddeutsche allgemeine Geflügelschau. Der Badische Verein für Geflügelzucht veranstaltete am Samstag, dem 10. Januar, und Sonntag, dem 11. Jan., in der Städtischen Ausstellungshalle eine in allen Teilen überaus gelungene Geflügelschau, die bei der guten Witterung ein zahlreiches Publikum anlockte. Die Schau selbst war in 8 Abteilungen eingeteilt: Zuchtstämme 1.1 und mehr; Abt. 2: Wasserfregel und Puten, Zuchtstämme; Abt. 3: 1.0 und 0.1 Hühner in Einzelausstellung; Abt. 4: Zwerghühner; Abt. 5: Wasserfregel und Puten, allgemein; Abt. 6: Tauben; Abt. 7: Verkaufslasse; Abt. 8: Geräte. Die Käuferszeichnung wies 648 Nummern auf und man muß anerkennen, prächtige Exemplare waren zu sehen. Einen schönen Aufbau hatte die Geflügelzucht Rheinlandes wieder hergestellt. In drei besonderen schönen weißen Käuschen waren weiße Leghorn, Minorca, sowie andere prächtige Tiere ausgestellt. Auch sonst war vorzügliches Material reichlich vertreten, besonders in Tauben. Neben den verschiedenen Rassen tauben nahmen die Preisputen einen großen Platz ein. Über 100 Nummern wiesen die allgemeinen Taubenrasen auf, dazu kamen nahezu 100 Preisputen. Als Preise kamen Geld- und Ehrenpreise zur Vergebung. Ein Glidshafen, der auch reich mit Tieren besetzt war, brachte schöne Gewinne.

Der Friedrichshof, das bekannte größere Restaurant in der Karlsruher StraÙe, hat am Samstag einen neuen Pächter erhalten. Zugleich waren die im Parkterre gelegenen Kammlichkeiten neu renoviert und heller und freundlicher gestaltet worden. Aus diesem Anlaß fand die Neueröffnung mit zwei Musikfesten und bei großem Andrang des Publikums statt. Der Friedrichshof gehört der Firma Simmer-Grünwintel und ist seit 10 Jahre an den Zentralverband der Angestellten verpachtet worden. Dieser hat in den oberen Räumen Büros für die Gewerkschaften eingerichtet und die Wirtschaftskammern mit einem großen Saal und mehreren kleineren Sälen dem öffentlichen Verkehr übergeben. Der neue Pächter umfasst den Wirtschaftsbereich; er wird den bewährten Auf des Friedrichshof, als gutes und billiges Speise-Restaurant und angenehmes Verkehrslokal, sicher neu befestigen.

Zu dem Brand in den Anseumwerken in Maximiliansau erfahren wir, daß es sich lediglich um den Brand und die Vernichtung eines einzigen von den 38 Gebäuden der Fabrik handelt. — Die Direktion der Anseumwerke teilt uns mit, daß Betrieb und Versand ungehindert weitergehen, daß Arbeiter nicht entlassen seien und der Schaden durch Versicherung vollkommen gedeckt sei.

Maul- und Klauenseuche. Nachdem unter dem Viehbestand der hiesigen Firma Fischer u. Co., hier selbst, bei der auch der Schweinebestand der Landwirtschaftskammer Karlsruhe untergebracht ist, die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, sind die üblichen Sperrmaßnahmen erlassen worden. — Auch in Stauffenberg bei Kallat ist die Seuche in einer Stallung ausgebrochen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 13. Jan. Ein schweres Unglück hat sich beim Refektorienbau ereignet. Bei dem Schließen- und Kraftwerk Schwabenheim gegenüber von Edingen waren gestern mittag 5 Arbeiter mit dem Abtransport einer Dampfmaschine beschäftigt. Sie kamen mit der Spitze der Ramme der Hochspannungsführung zu nahe, wobei 4 Arbeiter sofort getötet wurden und einer in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Heidelberg, 10. Jan. Das Schöffengericht verurteilte den Bankier Burmann wegen fahrlässiger Kreditverleiher zu 5000 Mark Geldstrafe. Es handelte sich um übermäßige Forderungen bei Effekengeschäften zur Inflationszeit. Die mitangeklagte Frau Burmann wurde freigesprochen.

Heidelberg, 13. Jan. Die Universität veranstaltet am 17. Januar vormittags 11 Uhr eine Feier zur Erinnerung an die Gründung des Deutschen Reiches.

Heidelberg, 12. Jan. Der zurzeit in Heidelberg lebende Schriftsteller Thoma, der nach einer Meldung des „Petit Parisien“ von dem Riller Kriegsgericht wegen angeblicher, an Frauen und Männern in Louvoing in der Nacht zum 6. November 1916 begangener Gewalttätigkeiten und nach einer weiteren Meldung des Blattes wegen eines in der gleichen Nacht vollzogenen Mordes an einem gewissen Vanhemme in contumaciam zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden ist, teilt dem WZV. in dieser Angelegenheit mit, daß die gegen ihn erhobenen Anklagen gänzlich erfunden sind. Nach schwerer Verwundung im Felde war Thoma als Leiter des Arbeitsamtes bei der Stappentomandantur von Mitte 1915 bis Kriegsende tätig. Herr Thoma hat den Oberreichsanwalt telegraphisch gebeten, ein beschleunigtes Ermittlungsverfahren gegen ihn einzuleiten, um auf diese Weise die absolute Haltlosigkeit der gegen ihn erhobenen Anklagen nachzuweisen.

Buchen, 13. Jan. Eine Rote von zirka 10 Stüd Sauen hatte sich in letzter Zeit in den Wäldungen von Buchen, Kumpfen und Oberneudorf herumgetrieben. Bei einer sofort veranstalteten Treibjagd gelang es, zwei dieser Vorstrentiere zu erlegen.

Wiesloch, 13. Jan. Sein 40jähriges Dienstjubiläum beging gestern der Kassendiener bei der Sparkasse und der Stadtkasse, Georg Wagner, der gleichzeitig seit vielen Jahren den Kassendienerdienst bei der Ortskrankenkasse und beim Notariat versah. Der Gemeinderat hat dem Jubililar in Anerkennung seiner treu geleisteten Dienste mit einem Geldgeschenk erfreut.

Neubolsheim, 13. Jan. Bei der gestrigen Bürgermeisterversammlung kam es hier zu blutigen Zusammenstößen. Abends gegen 10 Uhr kam es zu einer großen Schlägerei, in deren Verlauf drei Personen durch Revolvergeschüsse schwer verletzt wurden. Die Verwundeten, eine Frau und zwei Männer, waren an der Schlägerei nicht beteiligt.

Forstheim b. Karlsruhe, 11. Jan. Der im Jahre 1869 in hiesiger Gemeinde gegründete Spar- und Vorschußverein hielt am letzten Sonntag seine Generalversammlung ab, die von über 100 Mitgliedern besucht war. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden Bericht referierte der Vertreter des Verbandes hies. landw. Genossenschaften Karlsruhe, Rev. Pf. Schaber über die Wichtigkeit des Wiederaufbaues der ländlichen Dorfbanken auf genossenschaftlicher Grundlage, über die Einrichtungen des Genossenschaftsverbandes und der Landwirtschaftsbank. Es wurde sodann beschlossen, den Geschäftsanteil auf 100, einzuführen ein Zehntel umzustellen, dem Verband hies. landw. Genossenschaften Karlsruhe und der Bad. Landwirtschaftsbank Karlsruhe als Mitglieds-genossenschaft beizutreten. Daburch ist es dem über 350 Mitglieder zählenden Spar- und Vorschußverein, der seine Firma in Spar- und Darlehenskasse umänderte, möglich, seine Geschäftstätigkeit wieder aufzunehmen.

Neustadt, 10. Jan. Nachdem in einzelnen Stallungen in Gausbach und Forbach die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, wurden die Gemeinden Gausbach und Forbach als Beobachtungsgebiet erklärt; in den 15-Kilometer-Umkreis fallen sämtliche Gemeinden des Amtsbezirks Gernsbach mit Ausnahme von Michelbach, Freioldsheim, Sulzbach, Ottenau und Selbach.

Baden-Baden, 10. Jan. Wie in anderen Städten Badens, so ist auch hier ein Kampf zwischen Milchlieferanten und der Milchzentrale ausgebrochen, die dazu geführt hat, daß eine Anzahl freier Milchhändler den Milchpreis um 3 Pf. pro Liter herabgesetzt haben.

Badisches Landestheater.
Mittwoch, 14. Jan. 7 b. n. 1/10 Uhr. Mk. 7.—
Zweites und letztes Gastspiel
des Russischen Romantischen Theaters
Giselle. — Tempelopfer der Atoraga.

Bezirksleiter.

Wir suchen einen organisatorisch befähigten Herrn mit einem eigenen flüssigen Kapital von etwa 4000 Mk. zur Übernahme des Bezirkes in Karlsruhe. Es wollen sich nur befähigte Herren (auch ehemalige Militärs, Beamte, Akademiker) melden. D. 932
Jahresverdienst — je nach Leistungsfähigkeit — etwa 10—15000 Mk. Branchenkenntnisse nicht erforderlich. Offerten unter N. F. 1410 an Rudolf Woske, Berlin W 30, Martin Lutherstraße 9.

Ladenlokal

für Spezial-Geschäft im Zentrum der Stadt gesucht. Angebote unter D. 936 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Maul- und Klauenseuche in Karlsruhe betr.

Nachdem in der Stallung der Gottesauerlaserne in Karlsruhe unter dem Viehbestand der Firma Fichter u. Co. in Karlsruhe die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, wird das genannte Seuchengebiet mit dem Viehbestand der Firma Fichter und dem Schweinebestand der Landwirtschaftskammer Karlsruhe, welche letzterer in der verheuchelten Stallung in besonderem Maße untergebracht ist, mit sofortiger Wirkung als Sperrbezirk

mit den aus § 161 ff. der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz sich ergebenden Wirkungen erklärt.
D. 973
Karlsruhe, den 10. Januar 1925. D. 3. 3
Bezirksamt. — Postdirektion B.

Heidelberg, 12. Jan. Gestern Nachmittag entstand auf bisher noch ungeklärte Weise ein Brand im Dachstuhl des westlichen Flügels des Amtsgefängnisses in der Schützenstraße, dem ein Teil des Dachstuhles zum Opfer fiel. Der Schaden ist bedeutend. Man nimmt an, daß der Brand durch einen Kaminofen entstanden ist. Da das Amtsgefängnis bis auf den Speicherboden vollständig massiv gebaut ist, konnte nur der Dachstuhl abtrennen und bei den anderen Stockwerken nur Wasserfäden in Frage kommen. Zwei Lastwagen voll Gefangene gingen unter starker Bedeckung ab. Ein Wagen kam nach dem Bezirksamt, ein anderer nach Karlsruhe.

Ettlingen, 12. Jan. Die drei ältesten Wälder des Bezirks Ettlingen befinden sich in Ettlingenweiler vom Jahre 1482, Böllersbach 1694 und Schöllbrunn 1702. In Ettlingenweiler, das früher Stabwälder hieß, war feinerzeit auch eine Glodengießerei.

Freiburg i. B., 12. Jan. Bei den Wahlen zum Kaufmannsgericht entfielen auf die Liste des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes 311 Stimmen (4 Sitze), auf die Liste des Verbandes weiblicher Handels- und Büroangestellter 183 Stimmen (2 Sitze), auf die des Gewerkschaftsbundes der Angestellten zusammen mit den katholischen kaufmännischen Gehilfenvereinigungen „Veritas“ und „Treuhund“ 237 Stimmen (3 Sitze). Der Zentralverband der Angestellten erlangte mit 94 Stimmen 1 Sitz. Darnach haben die im Deutschen Gewerkschaftsbund (Christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung) zusammengeschlossenen Gewerkschaften D. V. und W. V. 6 Sitze erhalten gegenüber 4 Sitzen der übrigen Gewerkschaften und Vereine. Der Zentralverband der Angestellten hat durch die diesmaligen Wahlen von 3 Sitzen 2 verloren.

Donauschingen, 8. Jan. Gestern wurde die neuerrichtete landw. Winterschule in Donauschingen mit einer schlichten Feier eröffnet. Der diesjährige Winterkurs wird von 31 Schülern, davon 29 aus dem Bezirk Donauschingen, besucht.

Oberelsbach (Amt Billingen), 10. Jan. Am vergangenen Mittwoch brach im Mühlenanwesen des Mühlenbesizers Joh. Kieger, einem der ältesten Gebäude der Gemarkung, ein Brand aus. Der Herd des Brandes lag im Strohschopf, von wo aus die Flammen rasch auf die Mühle und das Wohnhaus übergriffen. Alle Anstrengungen der Hiesigen und der Kappeler Nachbarnfeuerwehr, den Brand auf seinen Herd zu beschränken, waren vergeblich. Das ganze Anwesen, mit Mühle, Wohnhaus und Schopf, wurde bis auf die Grundmauern zerstört.

Verschiedenes

Schweres Eisenbahnunglück

WZV. Gerne (Westfalen), 13. Jan. Heute Morgen um 7.25 Uhr ist der D. Zug Nr. 10 Berlin—Köln auf einem im hiesigen Bahnhof stehenden Personenzug aufgefahren, wobei die letzten drei Wagen des Personenzugs vollständig zertrümmert wurden. Es konnten bisher 21 Tote geborgen werden. Nach einer weiteren Meldung sind vier Wagen der vierten Klasse des Personenzugs zertrümmert und drei Wagen des Berliner D. Zuges schwerbeschädigt worden. Die Verwundeten wurden sämtlich mit Notverband versehen zum Krankenhaus geschafft. Nach Aussagen der Ärzte soll bei den Schwerverletzten keine Lebensgefahr bestehen.

Ein Vortrag Dr. Gäners in London

Dem Londoner „Star“ zufolge wird Dr. Gäners, der das Aufschiff „S. R. 8“ nach Amerika führte, im März auf Einladung der königlich kronprinzlichen Gesellschaft in London einen Vortrag über moderne Zepellinflugschiffe halten.

Rebel

Infolge des dichten Nebels ist, wie uns aus Duisburg gemeldet wird, der Schiffsahrtbetrieb auf dem Rhein seit vorgestern vollständig eingestellt worden.

Wie die Londoner Blätter melden, war der Londoner Rebel am Sonntag der dichteste seit sieben Jahren. Zahlreiche Unfälle ereigneten sich. Bei dem Zusammenstoß von Straßenbahnwagen wurden neun Personen verletzt.

Nach Meldungen aus Paris war gestern die Stadt in unbeschreiblichen Nebel gehüllt. Der Eisenbahnbetrieb wies verhältnismäßig eine bedeutende Verspätung der Züge auf. Bei Villinois fuhr ein Vorortzug auf einen anderen Zug auf. Der Gepäckwagen und ein Personenzug des vorbereiten Zuges wurden zertrümmert. 10 Personen wurden leichter verletzt.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

| | 13. Jan. | | 12. Jan. | |
|-----------------------|----------|--------|----------|--------|
| | Geld | Beiz | Geld | Beiz |
| Amsterdam 100 G. | 169.54 | 169.96 | 169.44 | 169.86 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 74.73 | 74.91 | 74.91 | 75.09 |
| Italien . . . 100 L. | 17.59 | 17.63 | 17.63 | 17.67 |
| London . . . 1 Pf. | 20.06 | 20.11 | 20.11 | 20.16 |
| Newyork . . . 1 D. | 4.19 | 4.21 | 4.19 | 4.21 |
| Paris . . . 100 Fr. | 22.49 | 22.55 | 22.50 | 22.56 |
| Schweiz . . . 100 Fr. | 80.99 | 81.19 | 80.90 | 81.10 |
| Wien 100 000 Kr. | 5.90 | 5.92 | 5.90 | 5.92 |
| Prag . . . 100 Kr. | 12.60 | 12.64 | 12.60 | 12.64 |

Zuteilung überall 100 Prozent

Die neue deutsche Reichsmark wurde am Samstag erst an der Pariser Börse notiert. Die Notierung erliegt für 100 Reichsmark. Der gestrige inoffizielle Eröffnungskurs war 444.50, der Schlusskurs 444.75 für 100 Reichsmark. Die Devisenkurse bewegen sich etwas unterhalb der Goldparität des deutschen Geldes.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Schiedsamt für Ärzte und Krankenkassen.

I. Nach § 48 des kassenärztlichen Landesvertrags für Baden vom 3. September 1924 ist das Schiedsamt für Ärzte und Krankenkassen zu bilden.

II. Zu unparteiischen Mitgliedern dieses Schiedsamts ernenne ich hiermit auf die Dauer von 5 Jahren:

- a) zu Mitgliedern:
1. Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Krümpfer, als Vorsitzender des Schiedsamts,
 2. Ministerialrat Dr. Imhoff,
 3. Oberlandesgerichtsrat Dr. Levis;
- b) zu Stellvertretern:
1. Oberverwaltungsgerichtsrat Franz,
 2. Ministerialrat Rein,
 3. Oberlandesgerichtsrat Winter.

III. Als Mitglieder des Schiedsamts wurden auf die Dauer von 5 Jahren gewählt:

- a) von der ärztlichen Landeszentrale:
1. Dr. Korte, Bezirksarzt in Ruffendorf,
 2. Dr. Krenner, praktischer Arzt in Pforzheim,
 3. Dr. Roth, praktischer Arzt in Karlsruhe;

- als Stellvertreter:
1. Dr. Gutmann, Bezirksarzt in Karlsruhe,
 2. Dr. Bruch, Bezirksarzt in Durlach,
 3. Dr. Feuz de Lacroix, praktischer Arzt in Gondelsheim;

- b) von der Arbeitsgemeinschaft der badischen Krankenkassenverbände:
1. Josef Berls, Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse Pforzheim,
 2. Wolf Meyer, Bürgermeister in Dreisbach,
 3. Ernst Trautmann, Regierungsrat, Vorsitzender der Eisenbahnbetriebskrankenkasse Karlsruhe;

- als Stellvertreter:
1. Josef Schwarz, Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse Mannheim,
 2. Wilhelm Neubell, Kaufmann in Mannheim D. 3.11,
 3. Wilhelm Kunkel, Profurist bei der Zellstoffabrik Mannheim-Waldhof.

IV. Als Geschäftsführer nehmen an den Verhandlungen des Schiedsamts mit beratender Stimme teil:

- a) von der ärztlichen Landeszentrale:
- Dr. Gustav Gaben, Mannheim;
- als Stellvertreter:
- Dr. Artur Berg, Karlsruhe.

- b) von der Arbeitsgemeinschaft der badischen Krankenkassenverbände:

Der jeweilige Geschäftsführer oder sein Stellvertreter des der Arbeitsgemeinschaft zugehörigen Krankenkassenverbandes, sofern die betreffende Verbandsklasse an den Verhandlungen beteiligt ist.

Karlsruhe, den 9. Januar 1925.
Der Minister der Innern
N e m m e l e.

Spezial - Geschäft

der Haushalt-Branche wird zu übernehmen gesucht. Kapital vorhanden. Angebote unter D. 934 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Bestrafung wegen Einkommensteuerhinterziehung.

Die Kaufleute Hugo Rahmann in Karlsruhe, Westendstraße 24, und Otto Rahmann in Karlsruhe, Stefanienstraße 63, Mitinhaber der offenen Handelsgesellschaft S. Rahmann in Durlach, sind wegen vollendeter Einkommensteuerhinterziehung am 12. September 1923 mit Geldstrafen von je 3 569 000 M. bestraft worden. D. 974
Karlsruhe, am 12. Januar 1925.
Das Finanzamt Karlsruhe Stadt.

Ratfahreiber,
in sehr guter Stellung, in schön gelegener Ortschaft, sucht mit einem Kollegen zu tauschen. Zuschriften unter D. 935 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Bücherstammholzverkauf

Badisches Forstamt Mittelberg in Ettlingen verkauft am 22. Januar 1925 freihändig 440 Fm. Buchenstammholz I.—V. Klasse in 4 Losen. Angebote in Prozenten der Goldmarkgrundpreise bis 22. Januar erbeten. Losverzeichnis und nähere Auskunft durch das Forstamt. D. 966

Detektiv Institut
H. Privat-
Auskunft
„Argus“
Mannheim
O. 6. 6.
Planke 9. 47
Fernspr. 3305
A. Maler & Co., G. m. B. H.



Sorben erschieen:
Markgräfler Drüübel
Alemannische Gedichte
von
Paul Sättele
Mit Holzschnitten von Erwin Krumm
144 Seiten 8° Gebunden Mark 4.—
Verlag G. Braun, G. m. B. H., Karlsruhe
Karlsfriedrichstraße 14